

Präsidentschaftswahl in Polen

Rechtsextreme Politiker schüren Angst vor einer »Ukrainisierung«

Ultrarechte Politiker stacheln im Wahlkampf zum Hass auf Geflüchtete aus der Ukraine an. Übergriffe im Alltag nehmen zu. Was ukrainische Familien berichten.

Von Patricia Friedek

31.05.2025

Der Hass traf Familie Dovzhenko schon am ersten Tag. Vor zwei Jahren fuhren Oksana und Bohdan Dovzhenko in die Wohnung rund eine Autostunde von Warschau entfernt, um den Mietvertrag zu unterschreiben; für sie, ihre drei Kinder und zwei Großeltern. Ein Nachbar schimpfte, sie sollten »sich verpissen«, weil sie ihr Auto vor seinem Zaun abstellten. Kaum hatten sie es umgeparkt, rief eine Frau aus dem Fenster, sie sollten verschwinden. Von der Vermieterin erfuhren die Dovzhenkos: Die beiden Nachbarn links und rechts vom Haus hätten wohl etwas gegen Ukrainer.

Seither finden die Dovzhenkos keine Ruhe. Die Nachbarn haben ihre Überwachungskameras so positioniert, dass sie Haus und Garten der ukrainischen Familie aufzeichnen. Fast täglich fänden sie einen neuen Anlass zur Beschwerde, erzählen Oksana und Bohdan Dovzhenko im Videogespräch: Weil die Abwasserrohre angeblich nicht richtig ausgerichtet seien und Wasser auf das Grundstück der Nachbarn fließe, weil beim Spielen ihrer Kinder ein Stein auf das Nachbargrundstück geflogen sei, weil der Großvater im Garten am Tage Holzarbeiten mache und das Hämmern störe, weil die Dovzhenkos grillten und der Geruch belästigend sei. Ständig riefen die Nachbarn die Polizei oder andere Behörden, erzählt Oksana Dovzhenko. Oft klinge jemand an der Tür, manchmal um 22 Uhr. Und nie hätten die Behörden tatsächlich einen Verstoß festgestellt.

Anti-Ukrainische Ressentiments

Mehrfach schon seien sie bedroht worden. Eine Nachbarin habe gesagt, man solle sie vergasen. Eine andere, dass man den Kindern die Hände abreißen werde, so erzählt es Oksana Dovzhenko. Doch als die Dovzhenkos all das der Polizei gemeldet hätten, hätten die Beamten abgewinkt, die Beweise würden nicht ausreichen. Einen Anwalt könnten sie sich als Geflüchtete nicht leisten, und mit der großen Familie sei es schwer, eine neue Wohnung zu finden, erklärt Oksana Dovzhenko. Sie und ihr Mann heißen in Wirklichkeit anders, aber sie haben Angst, dass die Situation weiter eskaliert – deshalb wollen sie anonym bleiben.

Was die Familie erlebt, ist extrem. Doch es steht beispielhaft für den Unmut, der ukrainische Geflüchtete in Polen inzwischen häufiger trifft. Und er spielt auch im Wahlkampf für die polnische Präsidentschaftswahl, die am 1. Juni in der zweiten Runde entschieden wird, eine wichtige Rolle.



Nach Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine war Polen neben Deutschland jenes Land, das die meisten Geflüchteten aufnahm. 999.710 ukrainische Flüchtlinge sind derzeit in Polen registriert. Die Solidarität war zunächst riesig, erinnert sich Rafał Pankowski, Soziologe und Politikwissenschaftler am Warschauer Collegium Civitas, der zu Rechtsextremismus forscht. Pankowski hat den Verein »Nigdy Więcej« (»Nie wieder«) gegründet, der Vorfälle von Fremdenfeindlichkeit in Polen dokumentiert und sich gegen Rassismus einsetzt. Es gebe noch immer Solidarität mit Ukrainerinnen und Ukrainern, sagt Pankowski – aber sie sei zurückgegangen.

Angst vor einer »Ukrainisierung Polens«

Schon kurz nach Kriegsausbruch hätten Rechtsextreme in Sozialen Netzwerken Hass gegenüber Menschen aus der Ukraine verbreitet. Einer der Ersten, der ihn schürte, war der ultrarechte EU-Parlamentsabgeordnete Grzegorz Braun. Er trat dieses Jahr in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen an und erzielte überraschend sechs Prozent. Er spricht immer wieder von einer »Ukrainisierung Polens«, verbreitet die Verschwörungstheorie »Ukropolin«, der zufolge die polnische Regierung eine »Absorption« Polens durch die Ukraine und durch Juden vorbereite.



Doch inzwischen sei die »Ablehnung gegenüber Menschen aus der Ukraine nicht mehr nur in Kreisen der extremen Rechten zu finden«, sagt Pankowski. Der von der nationalkonservativen PiS unterstützte Kandidat Karol Nawrocki etwa verbreitete die Behauptung, ukrainische Flüchtlinge würden Warteschlangen in Krankenhäusern und Arztpraxen verlängern. »Ich finde, dass Ukrainer in Polen nicht besser leben sollten als Polen«, betonte er wiederholt. Nawrocki tritt am Sonntag in der Stichwahl gegen den liberalen Rafał Trzaskowski an.

Auch letzterer sei schon auf den »Zug des Zeitgeists aufgesprungen«, sagt der Experte Pankowski. So schlug Trzaskowski vor, nicht arbeitenden Ukrainern die Sozialhilfe 800 plus zu streichen und sagte, man könne nicht so ein Signal senden, wie es die Deutschen getan hätten: Dass es sich wegen der Sozialleistungen lohne, nach Polen zu kommen.

Übergriffe im Alltag nehmen zu

Solche Äußerungen bleiben nicht ohne Wirkung. Bei »Nigdy Więcej« gehen inzwischen fast täglich Meldungen ein, in denen Ukrainer von Übergriffen im Alltag berichten: von Schikanen am

Arbeitsplatz, aber auch von physischer Gewalt, darunter Tritte oder vordergründig »zufälliges« Schubsen auf der Straße.

Eine Umfrage des polnischen Meinungsforschungsinstituts CBOS zeigt, wie sehr die Solidarität mit Ukrainerinnen und Ukrainern abgenommen hat: Im März 2022 befürworteten demnach noch 94 Prozent der befragten Polen die Aufnahme ukrainischer Geflüchteter, im Herbst 2024 waren es nur noch 53 Prozent. Woran genau das liegt, ist nicht vollständig geklärt. Die Zustimmung begann zu sinken, als der Getreidestreit zwischen der Ukraine und Polen Ende 2023 eskalierte. Polnische Landwirte protestierten massenhaft gegen die Einfuhr günstiger Agrarprodukte aus dem Nachbarland und blockierten Grenzübergänge.

Experte Pankowski allerdings glaubt nicht daran, dass wirtschaftliche Gründe ausschlaggebend seien für die wachsende antiukrainische Stimmung im Land. Ohne Ukrainer gäbe es auf dem polnischen Arbeitsmarkt große Lücken. »Es ist eher die Angst vor sozialen Veränderungen, die hier eine Rolle spielt«, meint er. Seit dem Zweiten Weltkrieg sei Polen eine relativ einheitliche Gesellschaft gewesen. Das habe sich im Februar 2022 geändert. »Innerhalb weniger Wochen wurde Polen zu einem multikulturellen Land.« Eine Realität, die für einige Polen schwer zu akzeptieren sei.

Polnisch-Ukrainische Geschichte als Wahlkampfthema

Rechtsextreme Politiker wie der Abgeordnete Braun oder Sławomir Mentzen, der in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen als Kandidat für die ultrarechte »Konfederacja« antrat, machten sich diese Emotionen zunutze, so Pankowski. Mentzen kam im ersten Wahlgang auf 15 Prozent der Stimmen. Er hatte sich dagegen ausgesprochen, Ukrainer mit Sozialleistungen zu unterstützen und behauptete, genau wie Nawrocki, sie würden die Wartezeit beim Arzt erhöhen.

Wiederholt sprachen sie über das Wolhynien-Massaker, bei dem ukrainische Nationalisten im zweiten Weltkrieg etwa 100.000 Polen ermordet hatten. Nawrocki zum Beispiel machte die Exhumierung der Opfer von Wolhynien zur Bedingung dafür, der Aufnahme der Ukraine in die Nato zuzustimmen. »Das ist antiukrainische Propaganda«, sagt der Experte Pankowski, »diese negativen Gefühle werden auf Geflüchtete projiziert, die dann unter den zunehmenden Ressentiments leiden.«

So auch der Sohn der Dovzhenkos, wie sein Vater berichtet. »Vor einigen Tagen erzählte er uns, dass er Angst habe, hier in Polen zu sagen, dass er Ukrainer ist.« Der Junge traue sich nicht einmal mehr, mit seinen Klassenkameraden Ukrainisch zu sprechen. Er schäme sich für seine Herkunft.

P. Friedek: „Rechtsextreme Politiker schüren Angst vor einer »Ukrainisierung«“. Spiegel.de, 31.05.2025.

<https://www.spiegel.de/ausland/polen-wie-rechtsextreme-politiker-im-wahlkampf-vor-einer-ukrainisierung-warnten-a-bc33b3c3-232d-44c1-b361-994d546fdbb4>